



Norbert Wohlfahrt

Revolution von rechts?

Der Antikapitalismus der Neuen Rechten
und seine radikalpatriotische Moral –
eine Streitschrift

Norbert Wohlfahrt
Revolution von rechts?
Der Antikapitalismus der Neuen Rechten
und seine radikalpatriotische Moral – eine Streitschrift

Norbert Wohlfahrt ist Professor für Sozialmanagement an der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe und Lehrbeauftragter für Europäische Sozialpolitik an der Fachhochschule Münster.

Norbert Wohlfahrt

Revolution von rechts?

Der Antikapitalismus der Neuen Rechten und seine
radikalpatriotische Moral – eine Streitschrift

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2022, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Umschlagfoto: picture alliance/Wolfgang Kumm/dpa
Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-96488-127-4

Inhalt

Vorwort	9
1. Einleitung: Das Phänomen des rechten Antikapitalismus	11
2. Exkurs: Linker und rechter Populismus	22
3. Die Neue Rechte, Marktwirtschaft und Kapitalismus	31
4. Das Ideal der betrieblichen Gemeinschaft von Lohnarbeit und Kapital und seine Vollendung im Faschismus	37
5. Die Neue Rechte und der »Neoliberalismus«	42
6. Exkurs: Neoliberalismuskritik und nationaler Patriotismus – ein exemplarisches Beispiel	49
7. Der Staatsbegriff der Neuen Rechten	54
8. Das Mängelwesen Mensch braucht einen starken Staat	64
9. Die Neue Rechte und der unsoziale Sozialstaat	71
10. Leistung und gesellschaftlicher Reichtum	82
11. Exkurs: Armut und Sozialstaat	89
12. Der neurechte Blick auf Volk und Nation	94
13. Exkurs: »Wir sind das Volk!«	102
14. Flucht und Migration: Störfaktoren ethnopluralistischer Identität	105
15. Europa und europäischer Imperialismus: Unterwerfung unter US-amerikanische Suprematie?	113
16. Exkurs: Die Neue Rechte, Marx und Lenin	123
17. Rechte Metapolitik: Dem völkischen Bewusstsein durch Kultur und Sprache neuen Schub verleihen	130
18. Revolutionäre Realpolitik von rechts	136
19. Die Rechte und die Familie	140
20. Fazit: Radikalpatriotischer Moralismus statt Kapitalismuskritik	144
Literatur	151

»Die Verwandlung der persönlichen Mächte (Verhältnisse) in sachliche durch die Teilung der Arbeit kann nicht dadurch wieder aufgehoben werden, daß man sich die allgemeine Vorstellung davon aus dem Kopfe schlägt, sondern nur dadurch, daß die Individuen diese sachlichen Mächte wieder unter sich subsumieren und die Teilung der Arbeit aufheben. Dies ist ohne die Gemeinschaft nicht möglich. Erst in der Gemeinschaft [mit Andern hat jedes] Individuum die Mittel, seine Anlagen nach allen Seiten hin auszubilden; erst in der Gemeinschaft wird also die persönliche Freiheit möglich. In den bisherigen Surrogaten der Gemeinschaft, im Staat usw. existierte die persönliche Freiheit nur für die in den Verhältnissen der herrschenden Klasse entwickelten Individuen und nur, insofern sie Individuen dieser Klasse waren. Die scheinbare Gemeinschaft, zu der sich bisher die Individuen vereinigten, verselbständigte sich stets ihnen gegenüber und war zugleich, da sie eine Vereinigung einer Klasse gegenüber einer andern war, für die beherrschte Klasse nicht nur eine ganz illusorische Gemeinschaft, sondern auch eine neue Fessel. In der wirklichen Gemeinschaft erlangen die Individuen in und durch ihre Assoziation zugleich ihre Freiheit.«

Karl Marx, Die deutsche Ideologie

Vorwort¹

Im Mai 2021 sendet 3sat eine Dokumentation über die Neue Rechte und ihre Zielsetzungen. Von den befragten Expertinnen und Experten wird diese als Gefahr für die Demokratie eingestuft, wobei insbesondere ihre Übergänge in den »Rechtsextremismus« und ihre an manchen Punkten deutlich werdenden Bezüge zu nationalsozialistischem Gedankengut hervorgehoben werden. Die Trennungslinie von demokratisch/nicht-demokratisch soll – so der Eindruck – den Zuschauerinnen und Zuschauern Klarheit über die Gefährlichkeit der Neuen Rechten vermitteln und Empörung über deren demokratiegefährdendes Treiben hervorrufen. Leider lässt der Beitrag Hinweise darauf vermissen, was denn am »Rechtsextremismus« und dem »Nationalsozialismus« so falsch und verwerflich ist. Zudem trifft dieser Vorwurf auf die Neue Rechte nicht richtig zu: Vom Antisemitismus distanzieren sie sich und mit Hitler und den Nazis wollen sie nichts zu tun haben.

Man hätte also erwarten können, dass eine Kritik, die die Neue Rechte an diesen Fixpunkten misst, sich inhaltlich mit den Fehlern und Widersprüchlichkeiten neurechten Denkens auseinandersetzt und nachweist, warum die Forderungen der Neuen Rechten so reaktionär und absurd sind. Es wäre also angemessen gewesen, sich mit den von ihnen so hoch gehandelten Gütern wie Volk und Vaterland kritisch auseinanderzusetzen, ihre Sicht auf die sozialen Verwerfungen der Gesellschaft einzuordnen und ihrer Sehnsucht nach einem »homogenen Volk« argumentativ entgegenzutreten. Dazu hätte man natürlich den nicht nur von den Neurechten geteilten Nationalismus und seine Grundlagen kritisch in den Blick nehmen müssen.

Die Sichtweise, die neurechtes Denken mit dem Etikett »nicht demokratisch« erledigt, wird dem Gegenstand nicht gerecht. Denn das, was die Neue Rechte fordert, ihre Sicht auf Sozialstaat, Migration und Kapitalismus ist beileibe nicht ihr Alleinstellungsmerkmal, sondern wird in der Gesellschaft vielfach (auch von Linken) geteilt. Wer sich mit den Neurechten auseinan-

¹ Der nachfolgende Text versteht sich als Streitschrift. Seine zentrale Absicht ist es, auf Widersprüche und ideologische Standpunkte in den von Neurechten vertretenen Thesen zu Kapitalismus, Staat, Volk, Nation etc. aufmerksam zu machen. Wem es um eine weiter gehende Erklärung der Logik und aktuellen Gestalt dieser Begrifflichkeiten geht, für den steht weiterführende Literatur in ausreichendem Maße zur Verfügung. Bei Bedarf ist der Autor auch gern behilflich bei der Suche nach die Thesen der Streitschrift vertiefender und grundlegender Lektüre.

dersetzt, ist deshalb gezwungen, die Inhalte ihrer Gesellschaftskritik zur Kenntnis zu nehmen und die Logik ihrer Argumentation ernst zu nehmen.

Es nutzt auch nichts, auf die Gefahr eines von den Rechten angestrebten Umsturzes der demokratischen Ordnung zu verweisen, wenn gleichzeitig die politischen Führungen von immer mehr Staaten der Welt diese Ordnung kritisch betrachten und ihre praktische Korrektur in Angriff nehmen. Denn abgesehen von dem Tatbestand, dass Demokratien auch mit demokratischen Mehrheiten ihr Ende finden können, muss es doch um die Frage gehen, was am demokratischen Alltag für Viele so störend ist und warum Unzufriedenheit mit den sozialen Verhältnissen schnell zur Forderung nach mehr staatlicher Rigorosität und nationaler Selbstbehauptung führen kann.

Die nachfolgende Streitschrift versucht, dem »antikapitalistischen« und auf linke Theoretiker Bezug nehmenden Gestus einiger Schriften der Neuen Rechten in den vorgetragenen Argumenten zu folgen und sie auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen. Sie versucht darüber hinaus, die von den Rechten vertretenen Werte von Volk, Ethnie, Identität und nationaler Gemeinschaft daraufhin zu befragen, was sie mit einer demokratischen Staats- und Werteordnung gemeinsam haben und worin sie sich von dieser unterscheiden. Dabei kommen faschistische Denkweisen durchaus zur Sprache, sie erweisen sich aber als radikal-moralische Schlussfolgerungen aus einer auch in Demokratien üblichen (falschen) Kritik an gesellschaftlichen Zuständen und ihrer politischen Verwaltung. Moralisch sind diese Schlussfolgerungen deshalb, weil sie die Kritik an sozialen und/oder politischen Verhältnissen nicht begründen, sondern durch eine prinzipielle Parteinahme für diese Verhältnisse als Richtschnur des Denkens ersetzen. Radikalmoralisch deshalb, weil diese Parteinahme jeden Bezug auf subjektive Interessen als Grund der Unzufriedenheit auslöschen und durch die Macht einer diese Interessen regierenden Gewalt ersetzen will. Eine Kritik dieses Denkens muss deshalb die Widersprüche und ideologischen Verkehrungen thematisieren, die nicht nur dem rechten Staatsfanatismus, sondern auch dem normalen bürgerlich-demokratischen Bewusstsein geläufig sind.

Wen an den Rechten und Neurechten nur stört, dass sie nicht zum demokratischen Parteienspektrum zählen und Ausländer nicht mögen, der wird an einer Kritik dieses Denkens wenig interessiert sein. Der Kampf gegen rechtes Denken, das ist die Botschaft dieser Streitschrift, lässt sich nicht mit einer alternativen Moral führen, die das Gleiche, aber anders will. Eine Kritik neurechten Denkens ist ohne eine Kritik seiner patriotischen Grundlagen und der ihr zugehörigen Wirtschaftsweise nicht zu haben.

1. Einleitung: Das Phänomen des rechten Antikapitalismus

I

Seit geraumer Zeit sind in der rechten Bewegung, nicht nur in Deutschland, Entwicklungen zu beobachten, die eine Hinwendung der Rechten zu kapitalismuskritischen Themen und eigentlich von links besetzten Theorien zum Inhalt haben. Dabei ist von einer Unterscheidung zwischen dem klassischen rechten Spektrum und einer *Neuen Rechten* die Rede. Letztere versteht sich als theoretischer intellektueller Vordenker und steht den parlamentarisch vertretenen rechten Parteien kritisch gegenüber. In dem Buch »Neue Rechte, altes Denken« (Hufer 2018), das schon im Titel ausdrückt, wo es die Neuen Rechten einordnen will, geht der Politikwissenschaftler Klaus-Peter Hufer auf verschiedene ideologische Bezugspunkte ein, die das Phänomen »Neue Rechte« kennzeichnen. Dabei wird deutlich, dass es sich um keine klar abgrenzbare Bewegung oder eine politisch homogene Strömung handelt und die Übergänge zwischen Rechten und der Neuen Rechten fließend sind. Allerdings lassen sich verschiedene Elemente des Denkens der Neuen Rechten identifizieren, die diese von konservativen Auffassungen und nationalliberalen Ideologien, die auch in der »Alternative für Deutschland« (AfD) vertreten sind, unterscheiden.

Als gemeinsame ideologische Bezugspunkte der Neuen Rechten werden vielfach ihr Antiliberalismus und Antipluralismus, ihre Verwurzelung in der »Konservativen Revolution« der Weimarer Republik und ihre identitäre Orientierung an ethnopluralistischen und auf völkische Homogenität zielenden Konzepten von Staat und Nation genannt.

Julian Bruns und andere bezeichnen die Neue Rechte als einen »Arbeitsbegriff«, deren Angehörige gegen Liberalismus und Egalitarismus antreten: »Nicht das emanzipierte Individuum steht im Mittelpunkt des Denkens, sondern die – ethnisch bzw. völkisch definierte – Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft fußt auf der Idee der sogenannten Kulturnation, die davon ausgeht, dass es eine »ethnische Verbundenheit« zwischen den Nationsangehörigen gibt und Staatsbürgerschaft an quasi-natürliche Voraussetzungen, also Abstammung, geknüpft ist.« (Bruns u.a. 2015: 11)

Der Niedersächsische Verfassungsschutz kommt bei einer Untersuchung der »Identitären Bewegung Deutschland« (IBD) zu folgendem Fazit: »Die IBD versteht sich als Bestandteil einer europaweiten Bewegung. Ihr Ziel ist es, die europäische Jugend im Kampf für die nach ihrer Meinung bedrohte Freiheit und kulturelle Identität zu vereinen. Ihre vornehmliche Aufgabe sieht die IBD folglich in der Verteidigung von »Heimat, Freiheit, Tradi-

tion«. An erster Stelle steht hierbei der Erhalt der ›ethnokulturellen Identität‹, die durch einen befürchteten ›demographischen Kollaps‹ sowie durch angebliche ›Massenzuwanderung‹ und ›Islamisierung‹ bedroht sei. [...] Die Identitäre Bewegung gehört [...] zu einem sich immer weiter ausdehnenden Netzwerk der Neuen Rechten, das sich in der Grauzone von Rechtskonservatismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus bewegt. Die Identitären verstehen sich dabei als elitäre und intellektuelle Stichwortgeber insbesondere für die junge Generation.« (Niedersächsisches Ministerium 2016: 44 und 46)

Die häufig genannte Anknüpfung der Neuen Rechten an die »Konservative Revolution« der Weimarer Republik² wirft die Frage auf, was mit dem Begriff »konservativ« gemeint ist. Konservatives Denken, so heißt es bei Grebing³ gehe von der Annahme aus, dass der Mensch nicht frei geboren sei, sondern seine Freiheit und sich selbst nur in Bindungen gewinnen kann.⁴ Egalitäre Ideologien können aus konservativer Sicht an der feststehenden Ungleichheit der Menschen nichts ändern, denn Menschen seien Mängelwesen und als solche angewiesen auf sie entlastende und fordernde Institutionen. Zu den wichtigsten Elementen konservativer Gesellschaftskritik gehört dabei die Annahme, dass sich die Gesellschaft den Forderungen des Staates beziehungsweise der Gemeinschaft unterzuordnen habe und dass die Vorstellung einer beliebigen »Konstruierbarkeit« von Gesellschaft in die Irre führen muss.

Die Rechte und die Neue Rechte sehen sich in der Tradition eines die Stärke staatlicher Macht betonenden Denkens, das durch eine skeptische Anthropologie und traditionsorientiertes Geschichtsbewusstsein geprägt ist.

Insbesondere die Neue Rechte betont, dass es in strategischer Hinsicht einer *politischen Theorie* bedarf und für diese im Kontext eines »Kampfes um die kulturelle Hegemonie« im Meinungsdiskurs auch gestritten werden müsse. Dabei stehen im Zentrum des Denkens die Begriffe *Volk und Nation*. Diese sind für Protagonisten der Neuen Rechten historische Größen; es sind keine gesellschaftlichen, sondern durch Abstammungs- und

² Vgl. hierzu die Ausführung des Soziologen und Politikwissenschaftlers Armin Pfahl-Traughber: »Die Neue Rechte bezieht sich unmittelbar auf die Theoretiker der Konservativen Revolution und kann von daher als ihr geistiger Erbe in der Gegenwart bezeichnet werden. Obwohl sie mit ähnlichen Positionen und Strategien arbeitet wie ihr Vorbild, konnte sie bislang weder eine ähnliche Bedeutung noch ähnliche Wirkung entfalten.« (Pfahl-Traughber 1998: 13)

³ Vgl. Grebing: 1976: 106f.

⁴ Die »Identitären« sprechen von »Bedingtheit«. Vgl. weiter unten das Kapitel Rechts- und Linkspopulismus.

Fortpflanzungsgemeinschaften konstituierte Gebilde, die durch Migration geschwächt und letztlich vernichtet werden (»Der Große Austausch«).⁵

Völker sind in dieser Sichtweise homogene Einheiten, die sich durch ethnische und kulturelle Zugehörigkeitsmerkmale bestimmen und damit zugleich definieren, wer nicht zum Volk gehört. Mit der Bezugnahme auf eine Homogenität des Volkes als konstitutives Merkmal wird in der rechten Sichtweise ein Gegensatz zu einer pluralen Gesellschaft und repräsentativen Demokratie in die Debatte gebracht. Dem Volk stehen hier häufig Eliten oder wirtschaftliche Interessen gegenüber, die volksfern agieren und sich durch partikulare (egoistische) Interessen auszeichnen, die letztlich dem gesamten Volk schaden.

Dem Faschismus und Nationalsozialismus steht die Neue Rechte eigenen Aussagen zufolge kritisch gegenüber. Im Nationalsozialismus wird der »totale Bruch mit der Tradition und Stoß in die Modernität« (Martin Sellner) gesehen, der organische Sozialgefüge durch mechanische Gebilde zu ersetzen trachtete. Dies beinhaltet auch einen »Nihilismus«, als dessen politische Erscheinungsform der Faschismus es zu keiner eigenständigen Haltung zu Volk, Heimat und Kultur gebracht habe (vgl. Sellner/Spatz 2015: 44f).

II

Die gegenwärtige politische Rechte reklamiert für sich, »Marx zu entdecken« (Kaiser 2019a: 135-153). Im Unterschied zur linken Marx-Lektüre, die »über hundert Jahre das Kapital und seinen Autor selektiv studiert hat« (ebd.: 143), will die Neue Rechte in das »Laboratorium« des Marxschen Denkens eintreten und ihm in seinem Denken folgen (vgl. Fusaro 2018b: 81).

In dem Vorwort zu dem Buch »Marx von rechts« (Kaiser u.a. 2018) schreibt der rechte Verleger Philip Stein: »Wo das Gemeinwohl im Vordergrund stehen soll, kann nicht fortwährend in einem von der Zeit überholten binären Klassensystem gedacht und gekämpft werden.« Denn »Teilung bedingt Hass. Hass und Teilung aber sind unvereinbar mit Brüderlichkeit. Und so erlischt in den Gliedern ein und desselben Volkes das Gefühl, Teil eines höheren Ganzen, einer hohen, allumfassenden, geschichtlichen Einheit zu sein (Primo de Rivera)« (Stein 2018: 12).

⁵ Vgl. Sellner zum »Großen Austausch«: »Wir sind nicht gegen Masseneinwanderung, weil die einwandernden Menschen »kulturell minderwertig« wären, wie einige Rechte meinen, und nicht, weil wir »rassistisch« wären, wie alle Linken meinen. Wir sind dagegen, weil sie zu viele und wir zu wenige sind.« (Sellner 2017: 184)

Damit ist programmatisch umrissen, weshalb »Marx zum Helden der Neuen Rechten« stilisiert wird (Reichwein) und warum die »soziale Frage« ins Zentrum der Auseinandersetzung gerückt werden soll. Die Neue Rechte will der »Querfront« aus Kapital und Antifaschismus eine kapitalismuskritische Analyse »auf der Höhe der Zeit« gegenüberstellen und »die Gunst der Stunde nutzen, denn die schrittweise Rücknahme sozialer Errungenschaften durch Staat und Kapital in den europäischen Gesellschaften setzt sukzessive mehr und mehr Konfliktpotential frei« (Kaiser 2018: 32). Der Linken wird vorgehalten, vom »Kampf gegen das Kapital zum Kampf für das Kapital« übergelaufen zu sein und damit »einen hundertprozentigen Verrat an Marx und Gramscis Wort und Geist begangen zu haben« (Fusaro 2018b: 81).

Die Neue Rechte – und hier tritt sie kämpferisch auch gegen »illusionäres Denken« und »moralisierende« Werte und Urteile in den Reihen der konservativen »Neoliberalen« an – will die »systembedingten« Verwerfungen des Kapitalismus wieder in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung stellen und erinnert mit Bezug auf den Philosophen Slavoj Žižek daran, dass »man das schmutzige Bad der Finanzspekulation nicht ausschütten und das gesunde Kind der wirklichen Ökonomie behalten kann« (Žižek 2015: 33f.).

Der konservative Marktfundamentalismus gilt der Neuen Rechten ebenso als Gegner wie der linke Antifaschismus, weil beide konservative Fixpunkte wie Staat und Nation negierten und damit einander in die Hände arbeiteten.⁶ Die Neue Rechte will den Kapitalismus nicht effizienter gestalten, sie will ihn überwinden und postuliert gleichzeitig, dass es dabei um die Wiedergewinnung nationaler Stärke und Autonomie geht, um ein *neues Gemeinwohl*, in dem sich ein »echtes« zwischenmenschliches Miteinander konstituieren kann. Die Abhängigkeit des Staates von der Ökonomie, seine Schwächung durch egoistische Interessen, die ausschließlich auf die Geldvermehrung ausgerichtet seien sowie die Zersetzung des gemeinschaftlichen Zusammenhalts eines Volkes durch »Ausbeutung« sind wiederkehrende Stereotype, die den rechten »Antikapitalismus« kennzeichnen. Kern rechter Kapitalismuskritik ist die »Befreiung des Staates« (Kubitschek) von »eigensüchtigen und eigensinnigen« gesellschaftlichen Interessen. Damit steht sie in der Tradition der faschistischen Ächtung von zu weit getriebenem wirtschaftlichen Materialismus.⁷

⁶ Vgl. de Benoist: »Die Rechte ist liberal geworden und hat dabei vergessen, dass es der Liberalismus der Aufklärung war, der zu ihrem Untergang führte.« (de Benoist 2012: 157)

⁷ Vgl. hierzu den von der Neuen Rechten als Verräter konservativer Ideale gescholtenen Adolf Hitler: »Eine schwere wirtschaftliche Verfallserscheinung war das langsame Ausschei-

Tatsächlich wird die rechte Diagnose, dass die »Globalisierung« und der durch sie forcierte internationale Wettbewerb die Autonomie des Staates und seine souveränen Handlungsmöglichkeiten vor ganz neue Herausforderungen stellen, nicht nur von Rechten vertreten. Bemerkenswert ist, dass die Kritik an der ökonomischen Basis des Staates, an den gemeinschaftsdienlichen Leistungen von Kapital und Arbeit in einem Zeitraum zunimmt, in dem Deutschland als Gewinner im »internationalen Wettbewerb« weltweite Anerkennung und Kritik genießt. Der Gegensatz, den die Neue Rechte zum gängigen Verständnis eines Kapitalismus, der trotz aller Schwächen Gerechtigkeit für alle schaffen soll, eröffnet, ist fundamental. Es bedarf einer Klärung der theoretischen Grundlagen, auf der diese Diagnose aufbaut. Es geht dabei um die Herleitung und Begründung einer kapitalismuskritischen Strategie, die aus verschiedenen (ideologischen) Annahmen abgeleitet wird. In deren Zentrum steht das Diktum, dass erst durch eine den gegebenen Kapitalismus transzendierende volksverbundene Gemeinschaftlichkeit Volk und Nation die Freiheit zurückerobern können, die ihnen ein immer weiter ausufernder Marktliberalismus genommen hat.⁸

Das Urteil neurechter Denker über die Linke – wer auch immer mit diesem Sammelbegriff konkret gemeint sein soll – ist vernichtend. Sie habe den postulierten Gegensatz zwischen Kapitalismus und linker Ideologie nur noch propagandistisch verstanden und stütze sich nicht auf das Proletariat, den von Marx und Engels gewünschten Totengräber der kapitalistischen Bourgeoisie. Stattdessen »war [sie] der Bahnbrecher eines reinen Wirtschaftsdenkens, sprich: des totalen Kapitalismus«. (Borrmann 2011: 56) Die Neue Rechte reklamiert für sich – im Unterschied zu den Linken –, nicht vom Kampf *gegen* das Kapital zum Kampf *für* das Kapital übergegangen zu sein. Ein solches Postulat unterstellt ein bestimmtes Verständnis

den des persönlichen Besitzrechtes und allmähliche Übergehen der gesamten Wirtschaft in das Eigentum von Aktiengesellschaftlichen. Damit erst war die Arbeit so recht zum Spekulationsobjekt gewissenloser Schacherer herabgesunken, die Entfremdung des Besitzes gegenüber dem Arbeitnehmer aber wurde in das Unendliche gesteigert. Die Börse begann zu triumphieren und schickte sich an, langsam, aber sicher, das Leben der Nation in ihre Obhut und Kontrolle zu nehmen. Die Internationalisierung der deutschen Wirtschaft war schon vor dem Kriege über den Umwege der Aktie in die Wege geleitet worden.« (Hitler 1938: 256f.)

⁸ Slavoj Žižek gilt nicht ohne Grund als Berufungsinstanz neurechten Denkens in Sachen Marxismus. Denn dieser »linke Vordenker« vertritt ganz offensiv einen »Marxismus«, der nach eigenen Worten mit Marx nichts mehr zu tun haben will, dafür aber die die Neurechten begeisternde Abstraktion des Gemeinschaftlichen als genuin marxistisch behauptet: »Der einzige Weg, Treue gegenüber Marx zu bewahren, besteht darin, sich vom Marxismus zu verabschieden. Was es dagegen braucht, ist eine Wiederholung von Marxens Gründungsgestus – eine Antwort auf die Frage nach dem Gemeinsamen im Leben der Menschen.« (Žižek 2018: 23)

nicht nur vom Kapitalismus und seinem weltweiten Wirken, sondern auch von der politischen Herrschaft und der staatlichen Ordnung der Wirtschaft. Kurz gesagt, von der Politischen Ökonomie der Gesellschaft, der die Neuen Rechten den Kampf angesagt haben. Dieses Verständnis gilt es zu prüfen.

III

In einer Aufsatzsammlung zur Standortbestimmung linker Politik in Deutschland nimmt der neurechte Autor Benedikt Kaiser (2019c) eine Bestandsaufnahme zum »Ende der linken Hegemonie« vor. Kaiser, der zwischen einem linkspopulistischen Lager (zu dem er Chantal Mouffe und Ernest Laclau zählt), einem realpolitischen linkem Tandem (zu dem er das Duo Wagenknecht/Lafontaine belobigt) und einer hegemonialen Linken, die dem Linksliberalismus zuneigt, sorgsam unterscheidet, kritisiert diese und bescheinigt ihr, auf dem absteigenden Ast zu sein. Sie habe »die Krise der Solidarität selbst beschleunigt, indem sie ihre Stammklientel – die ›populären Klassen‹ – den alltäglichen Verwerfungen der Massenzuwanderung aussetzt und ihnen somit eine industrielle Reservearmee in die Länder holt, die zwangsläufig um Arbeit und Wohnraum konkurrieren wird« (ebd.: 24f.). Strategien, identitätspolitische und sozialpolitische Elemente zu versöhnen, seien nicht in Sicht. Die Linke habe – so Kaiser – sich selbst aufgegeben, indem sie die globale US-amerikanische Hegemonie nicht mehr als »Imperialismus«, sondern »als legitime Ausgangsbasis für weitergehende Reflexionen in Bezug auf nationale wie internationale Politik« (ebd.: 27) begreifen will.

Eine »entkernte Linke«, die sich selbst um ihre weltanschaulichen Wesenskern gebracht habe und mit dem neoliberal-multikulturellen Zeitgeist liiert sei, habe als fundamentale Opposition ausgedient und sich als Kraft, »die primär gesellschafts- wie identitätspolitische Minderheitenanliegen vertritt« (ebd.: 38) aufgegeben.

Kaiser, der sich in seiner kritischen Bestandsaufnahme nicht die Mühe gibt, zu fragen, was denn beispielsweise der Grund für die von ihm zitierte Konkurrenz um Arbeit und Wohnraum ist (den insofern die für den Kapitalismus fundamentale Kategorie des Privateigentums an Grund und Boden wenig interessiert), macht sich zum Vorreiter einer neurechten Strategie, der es darum geht, die Linke für die Rechte zu gewinnen. Seine kapitalismuskritischen Einlassungen sind dabei allesamt so gestrickt, dass sie sich mit der Produktionsweise, die immer wieder als Gegenstand der Kritik ins Feld geführt wird, gar nicht befasst, dafür aber lauter Defizite oder Pluspunkte linker Politik aufzählt, deren Maßstab einzig und allein die Frage ist, wie sie es mit der Identität von Volk und Nation hält.

So wird der »intellektuell brillante Kopf« Gramsci für seine Bemühungen um eine volksnahe, populäre Allianz gegen Duce und König gelobt, aber dafür getadelt, dass er die Volksgenese rein »voluntaristisch« und nicht über »Abstammung« vornimmt. Die Linke Chantal Mouffe wird dafür gelobt, die Leugnung der Schmittschen Freund-Feind-Unterscheidung als apolitisch gebrandmarkt zu haben und damit die Dichotomie von »wir da unten« und »die da oben« wieder belebt und »Querfrontpotential« entwickelt zu haben. Der Dramaturg Bernd Stegemann, der aus Sicht Kaisers als »Influencer hinter dem Duo Wagenknecht/Lafontaine« angesehen werden muss, lehnt sich weit aus dem Fenster »zu uns« (Kaiser) herüber, wenn er die liberale Demokratie dafür kritisiert, »das Recht des Demos« durch das »Recht des Liberalismus« zu ersetzen. Die Linke, so das Muster der Argumentation Benedikt Kaisers, beginnt, populistische Strategien für tragfähig zu halten und wird damit für die Neue Rechte zunehmend satisfaktionsfähig. Indem sie sich für Volk und Nation und gegen Globalisierung und Neoliberalismus positioniert, folgt sie der neurechten Unterscheidung von »Wir« und »die Anderen«, die durch die Macht des Geldes, die Macht Brüssels etc. verkörpert werden.

Der neurechte Antikapitalismus ist – folgt man dieser Argumentation – eine Konsequenz aus einer Populismustheorie, die der rechte Vordenker Alain de Benoist so zusammenfasst: Rechts und links, c'est fini, das war einmal. Wenn der soziale Gegensatz von Kapital und Arbeit, wie Kaiser behauptet, durch die Dichotomie von Volk und Elite ersetzt wird, dann stellt sich allerdings umso mehr die Frage, was denn beide miteinander zu tun haben und wieso Rechte immer wieder auf die Idee kommen, die sozialen Gegensätze des Kapitalismus vaterländisch und völkisch-national einer Korrektur unterziehen zu müssen.

IV

Der antikapitalistische Tenor in den Schriften der Neuen Rechten und ihre Auseinandersetzung mit den »linken Klassikern« hat die beabsichtigte provokative Wirkung nicht verfehlt. In einem Artikel zur Neuen Rechten der Philosophin Jule Govrin heißt es: »Rechte Autoren beschreiben Entfremdungserscheinungen im globalen Kapitalismus, doch für sie liegt die Problemursache nicht im Wirtschaftsliberalismus, sondern in allzu liberalen Lebensweisen. Zwar sprechen rechte Parteien ökonomische Probleme wie Gentrifizierung und Arbeitslosigkeit an, die Verantwortung dafür schreiben sie jedoch Migrant*innen zu. Dabei verleihen sich die modernen Faschisten den Anschein von antikapitalistischem Revoluzzertum. Diese Selbstinszenierung wurde und wird dadurch begünstigt, wie der Soziologe Didier

Eribon darlegt, dass sozialdemokratische Parteien den Begriff der Klasse aufgaben und autoritäre Wirtschaftspolitiken vorantrieben. Ehemalige 68er wie Joseph (alias Joschka) Fischer beförderten diesen Kurs, was den Rechten dabei dient, die Errungenschaften von 1968 mit der Wirtschaftspolitik neoliberaler Regierungen gleichzusetzen.« (Govrin 2018: 7)

Govrin bezieht sich hier auf einen Antikapitalismus im Schrifttum der Neuen Rechten, der sich dezidiert kapitalismuskritisch, antiimperialistisch und für linke Theorien aufgeschlossen zeigt. Wenn in Zusammenhang mit der Entwicklung der rechten Bewegung von einer »Modernisierung rechten Denkens« (Alain de Benoist) die Rede ist, dann wird tatsächlich auf die kapitalismuskritische Ausrichtung der Neuen Rechten Bezug genommen, die sich nicht scheuen, auf Marx, Lenin, Luxemburg und Gramsci zurückzugreifen. Die strategischen Überlegungen des rechten Thinktanks GRECE (Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne), welcher 1968 in Frankreich gegründet wurde, dienen als historisches Vorbild. Auf jene Denkfabrik wird das *Konzept der Metapolitik* zurückgeführt. Damit ist – unter Rückgriff auf den linken Philosophen Antonio Gramsci – eine politische Strategie gemeint, die davon ausgeht, dass vor der Übernahme der politischen Macht eine *kulturelle Gegenmacht* entwickelt werden müsse, um die ideologische Vorherrschaft des Bürgertums zu brechen. Eine Schlüsselrolle komme dem »organischen Intellektuellen« zu, der lernen solle, an die Erfahrungen und Gefühle der Arbeiterklasse anzuschließen, um auf diese Weise eine Kulturrevolution in Gang zu setzen (siehe hierzu das Kapitel zur Metapolitik).

In dem Buch »Die Angstmacher« (2017) berichtet der Journalist Thomas Wagner über ein Treffen mit dem rechten Politikwissenschaftler Benedikt Kaiser.⁹ Er stellt fest, dass dieser das »kritische Werkzeug marxistischer Denkschulen« nutzt und seine Argumentation mitunter mit Verweis auf verschiedenste linke Autorinnen und Autoren wie Andreas Wehr, Slavoj Žižek, Sahra Wagenknecht, Axel Honneth stützt. Benedikt Kaiser folge in der Analyse seinem Vorbild de Benoist, dass angesichts eines kapitalistischen Systems, das sämtliche Dinge in Waren verwandelt, die Logik des Profits infrage gestellt werden müsse.

Kaiser schreibt am Ende einer Besprechung von Wladimir Iljitsch Lenins Schrift »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus«, dass es sich für Konservative »in Anbetracht der perpetuierenden Krisensituation des Kapitalismus« lohnen könne, »bei Lenin statt bei Hayek in die Schule zu gehen«. Im Unterschied zu den üblichen Verlautbarungen der

⁹ Darüber hinaus ist Kaiser Lektor beim rechten Institut für Staatspolitik.

sogenannten Identitären führt Kaiser den massenhaften Zustrom nach Europa weniger auf vermeintliche Expansionsgelüste eines politischen Islam oder die multikulturellen Ideen der 1968er als vielmehr auf die imperialistischen Kriege und das Interesse kapitalistischer Akteure an einem Instrument zurück, mit dem Löhne gedrückt werden könnten.

Auch die »antiimperialistische« Frontstellung der Neuen Rechten gegen einen menschenrechtsfundierten Universalismus zugunsten einer wirklichen Souveränität der Völker wird in den Zusammenhang mit einer ursprünglich nach links ausgerichteten Orientierung gestellt. So führt Wagner aus, dass die Verfechter des Ethnopluralismus mit den Anhängern der multikulturellen Gesellschaft die Betonung des je Spezifischen, der Differenz, verbinde. Der »Antiimperialismus von rechts« lasse sich nach Wagner auch an der rechten Kritik gegenüber der Entwicklungshilfe aufzeigen. Diese laufe Gefahr, die Geschichte des nicht selten »zerstörerischen kolonialen Zivilisations- und Verhaltensexports« (Eichberg) fortzuschreiben. Thomas Wagner schreibt unter Bezugnahme auf den Pädagogen und Erwachsenenbildner Volkmar Wölk resümierend: »Jüngere Autoren wie Benedikt Kaiser werten die innovative linke sozialwissenschaftliche Literatur aus und versuchen, die soziale Frage zu besetzen. Der Neoliberalismus ist auch für sie ein Irrweg mit Folgen.« Dabei handele es sich keineswegs lediglich um soziale Demagogie. »Die erkennen durchaus, dass Politik schlicht unmöglich wird, wenn es ein Primat der Ökonomie gibt, die großen Konzerne – in ihren Worten: die Globalisten – den politischen Kurs diktieren und das Volk ganz und gar nicht herrscht, sondern lediglich ohnmächtiger Zuschauer ist.« (Wagner 2017: 259)¹⁰

Dies sind nicht die einzigen Stimmen, die der Neuen Rechten ein tatsächliches Aufgreifen linker Ideen und eine Hinwendung zu einer kapitalismuskritischen Sichtweise attestieren.

So kommt Richard Gebhardt durch seine Analyse kapitalismuskritischer Auffassungen der Neuen Rechten zu folgendem Schluss: »Das im engeren

¹⁰ Derselbe Autor in einem Interview der Frankfurter Rundschau: »Die »sozialistisch-orientierten Elemente der Neuen Rechten, die die Verteilungsfrage stellen, sind seit den 70er Jahren stärker geworden und haben immer wieder versucht, mit der Linken in Kontakt zu kommen, gehörten aber nie richtig dazu, weil sie die Überwindung der deutschen Teilung wollten. Das war in der westdeutschen Linken ein No-Go. In der heutigen Neuen Rechten und ihren intellektuellen Zirkeln spielten diese nationalrevolutionären Ideen eine untergeordnete Rolle. Hier tendierte die Mehrheit bisher zum Wirtschaftsliberalismus. Meine Befürchtung ist, dass sich das jetzt ändert. Damit könnten die linken Kräfte in der Neuen Rechten einen wichtigen Baustein dazu beitragen, dass die AfD eine Volkspartei wird. Darin sehe ich die größte Gefahr.« (Wagner 2018)

Sinne ›neurechte‹ Milieu kann auch deshalb, wie zu zeigen ist, nicht ahistorisch als Teil eines ›konservativen Spektrums‹ deklariert werden. Ihre Positionierung erfolgt in ausdrücklicher Abgrenzung von den klassischen Parteien des Konservatismus, und ihren Ansatz entnimmt sie ausdrücklich von (z.T. zumindest zeitweise) faschismusaffinen Denkern. Wichtige Autoren der Neuen Rechten arbeiten über das klassische Lagerdenken hinaus an der Aufhebung und Synthese der links-rechts-Dichotomie, weshalb die Spezifika dieser ›Kapitalismuskritik‹ analysiert werden müssen.« (Gebhardt 2017: 348) Er identifiziert bei der Neuen Rechten eine Präferenz für die Auseinandersetzung mit den Klassikern der Kapitalismuskritik und moniert eine diese verfälschende Kritik am Marktliberalismus: »Die neurechte Kapitalismuskritik definiert sich über die Frontstellung gegen den modernen Liberalkapitalismus, dem, idealtypisch gesprochen, ein ›farbenblindes‹ Interesse an der Verwertung der Ware Arbeitskraft eigen ist. Nicht Herkunft, sondern Qualifikation oder Arbeitsfähigkeit ist für dieses Verwertungsinteresse entscheidend. Deshalb geht der moderne Liberalkapitalismus mit der Forderung nach Migration von hochqualifiziertem Personal (und ggf. kostengünstiger Niedriglohnsektoren, in die auch Migranten eingebunden werden können) einher. Gegen diese ›trans-nationalen‹ Forderungen setzt der neurechte ›Antikapitalismus‹ die – auch bei Kaiser kaum ausgearbeitete – Beschwörung eines Europas der Regionen. Dieser ›Antikapitalismus‹ erstreckt sich in der ideologischen Agitation gegen die modernistischen Konsequenzen eines ›farbenblinden‹ Liberalkapitalismus.« (Ebd.: 358)

Wenn die Neuen Rechten sich in ihrer Kritik des Kapitalismus mit Themen auseinandersetzen, die auch von Linken zum Gegenstand der theoretischen Auseinandersetzung gemacht werden, dann drängt sich die Frage auf, was denn überhaupt den Kern einer linken Kapitalismuskritik ausmacht und inwiefern diese sich *grundlegend* von einer rechten Kritik unterscheidet? Es geht also um die Frage, was die Politische Ökonomie des Kapitalismus ihrer Sache nach ist und warum »Linke« an dieser etwas auszusetzen haben. Diese grundsätzliche Verständigung scheint nötig, um den rechten Antikapitalismus verstehen und kritisieren zu können.

Wenn Rechte den »Neoliberalismus« kritisieren, dann stellt sich die Frage, was der Begriff »neoliberal« in der Politischen Ökonomie des Kapitalismus überhaupt bedeutet, wenn sie den europäischen Imperialismus anprangern, dann drängt sich geradezu auf, zu klären, worum es dem europäischen Einigungsprojekt in der Auseinandersetzung mit den USA geht und wenn sie den Niedriglohnsektor beklagen, dann bedarf es sicherlich einer Analyse der aktuellen Entwicklungen von Lohn, Preis und Profit in den sozialstaatlich geregelten Ausbeutungsverhältnissen der westlichen Welt.

Eine Kritik, die darauf verweist, dass die Rechten lediglich »Diskurspiraterie« betreiben, dass sie nur *formal* die Klassiker zitieren, diese aber in Wirklichkeit verfälschen, müsste natürlich aufzeigen, wie sie dies tun und welche Fehler sie dabei machen. Es geht also um die Frage der in der politischen Auseinandersetzung von Rechten und Linken zentralen Kategorien von Staat, Markt, Lohnarbeit, Sozialstaat, Imperialismus, ihrer aktuellen Bedeutung für eine kapitalismuskritische Analyse und der Kritik an ihnen. Diese Auseinandersetzung sollte mit den Rechten geführt werden, ohne vorschnell mit dem Verweis auf Faschismus und Antisemitismus im Denken der Rechten die theoretische Auseinandersetzung für überflüssig zu erklären.

Die rechte Faszination für Volk und Nation und ihre Abneigung gegen die Dominanz wirtschaftlicher Interessen und die Vereinzelung des Individuums im Kapitalismus sind nicht zwei Paar Schuhe, sondern gehören theoretisch zusammen. Dies gilt es an den einzelnen Theoriebausteinen des neurechten Antikapitalismus zu prüfen. Hierbei drängt sich zunächst auf, nach der Programmatik und den Besonderheiten der aktuell als rechts- oder linkspopulistisch bezeichneten Strömungen zu fragen.